



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



1/2008

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Auf geht's ins Kommunalwahljahr 2008



Die Kommunalwahl ist das wichtigste politische Ereignis 2008. Bis dahin gibt es aber noch einige größere Probleme zu lösen. Die Haushaltsdiskussion für 2008 hat bereits

begonnen. Wir wollen einen Teil der höheren Haushaltseinnahmen für die Bürger unserer Stadt nutzen. Dabei stehen die Kinder im Vordergrund.

Wir wissen, dass auch in Forst Schulkinder nicht immer ein warmes Mittagessen bekommen, deshalb ist es unser Ziel, wenigstens für die Kinder der ersten und zweiten Klassen beitragsfreies Schulessen anzubieten. Eine weitere Alternative zur Entlastung von Familien mit Kindern sehen wir in der Reduzierung der Elternbeiträge für Kitas und Horte. Zwei Modelle sollte die Verwaltung bis Ende 2007 durchrechnen, zum einen eine pauschale Absenkung des anrechenbaren Einkommens um 2.000 Euro oder alternativ die Heraustrennung des Kindergeldes bei der Berechnung des Einkommens. Die zweite Variante würde dann vor allem Familien mit mehreren Kindern zusätzlich entlasten. Wir wollen eine Verbesserung für alle Familien erreichen, die Kinder in Betreuungseinrichtungen haben. Die Verwaltung hat uns das geforderte Zahlenmaterial bis jetzt noch nicht zur Verfügung gestellt, obwohl die Fraktion bereits in der letzten Sitzung der SVV die Anfragen eingereicht hatte.

Das zweite Thema des Jahres heißt Anteilsverkauf der Stadtwerke. Diesen Prozess werden wir nur dann positiv begleiten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählen der Erhalt der Schwimmhalle zu bezahlbaren Konditionen für alle Nutzer, die Sicherung vertretbarer Preise im Strom- und Gasbereich und der Vorrang der wirtschaft-

lichen Stabilisierung der Stadtwerke vor der Sanierung des städtischen Haushalts.

Punkt drei ist die Bewerbung zur Landesgartenschau 2013. Die Fraktion hat zu dieser Bewerbung erhebliche Bedenken, denn eine wesentliche Forderung in der Ausschreibung der Landesregierung ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bewerber. Mit einem Schuldenberg von 25 Millionen Euro ist dies kaum gegeben. Dem Vorschlag des Landrates, eine gemeinsame Bewerbung mit Spremberg durchzuführen, könnten wir jedoch folgen. Spremberg würde seinen ausgegli-

chen Haushalt einbringen, Forst sein hundertjähriges Rosengartenjubiläum. Ein solches gemeinsames Projekt sollte beste Chancen haben und würde nicht nur eine Stadt, sondern eine ganze Region stärken. Das Beispiel der erfolgreichen Bewerbung des Havellandes für die Bundesgartenschau 2015 kann hierbei Schule machen.

Zum Schluss noch ein Wort zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Stadt. Die Erwartung von 150 bis 200 neuen Arbeitsplätzen ist ein gutes Zeichen. Aber positiv wird sich dies erst auswirken, wenn diese Planungen in die Tat umgesetzt werden. Die ökonomischen Rahmenbedingungen und der Wille des Landes, uns endlich die gleiche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen wie allen anderen Kreisstädten, waren wesentliche Voraussetzungen. ➤ S. 2

Ein glückliches neues Jahr!

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in 2008 werden wir mit unserer kleinen Zeitung unsere Sicht auf Forster Kommunalpolitik für alle Interessierte aufschreiben.

Wir werden über all das berichten, was aus unserer Sicht für die Entwicklung in Forst wichtig ist.

Viele wichtige Entscheidungen stehen in diesem Jahr an. Unter anderem betrifft das die Zukunft der Forster Stadtwerke, die Entscheidung zur Bewerbung der Stadt Forst zur Landesgartenschau, die Aufstellung des Haushaltes 2008 und die Diskussion zur Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Forst.

Natürlich werden wir versuchen, die verbesserte Einnahmensituation in der Stadt im Interesse aller Bürger zu nutzen. Dadurch haben wir wieder mehr politischen Gestaltungsraum.

Im September dieses Jahres werden die Forster Stadtverordnetenversammlung und der Kreistag Spree-Neiße neu gewählt.

Wir wollen die Kommunalwahl erfolgreich bestreiten und mit einer gestärkten Fraktion in die kommenden Jahre gehen.

Politik, ob in der Kommune, im Land oder im Bund, soll den Menschen nützen, vor allem denen, die nicht alle Probleme mit Geld aus der Welt schaffen können. Ein würdevolles Leben und Arbeiten in unserer Stadt ist unser Ziel.

In diesem Sinn wünschen wir allen Lesern ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende DIE LINKE.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

Siegfried Schneider
Sprecher AG »MB«

Auf geht's ins ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die erfolgreiche Durchführung des Brandenburgtages in Anwesenheit der gesamten Landesregierung gehörte genauso dazu, wie die sachorientierte Arbeit der Wirtschaftsförderung seit 2006. Wirtschaftspolitik wird auch in Forst nicht nur von einer Person gemacht.

Unter Verdacht

Der Rechtsanwalt der Stadt ermittelt gegen den Fraktionsvorsitzenden der **LINKE** wegen Geheimnisverrats. Wer ihm dazu den Auftrag erteilt hat, ist mir nicht bekannt. Aber in der Novemberausgabe dieser Zeitung soll ich Geheimnisse zum Verkauf der Stadtwerke verraten haben. Hierzu sage ich klar, es muss auch mir als Stadtverordneter möglich sein, die Position unserer Fraktion zu diesem brisanten Thema darzustellen. Der Bürgermeister informierte auf einer Pressekonferenz über den Verkauf unter dem Begriff »strategische Partnerschaft«. Die Stadtverordnetenversammlung hat ihn dazu nicht autorisiert. Wir als Fraktion haben nur die Chance, unseren Standpunkt im »Malxe-Blatt« darzustellen. Deshalb wird die Zeitung auch ständig attackiert. Wir machen weiter, vor allem, weil wir viele Mitglieder und Unterstützer haben, die dieses Blättchen am Leben erhalten.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE. der SVV Forst

Der Versuch

Am Pool sitzend, die Zeitung in der Hand,
was ich lese bringt mich um den Verstand.

In Afrika Kinder sterben,
weil sie nichts zu essen haben.
Doch ich fühle mich recht wohl,
bin cool und sitze am Pool.

Im Fernsehen ist Nachrichtezeit,
viel Gutes geschieht nicht weit und breit.
Die Menschen werden mit Kugeln beschossen,
sterben täglich auf Straßen und Gossen.
Ich denke, lasst mich doch in Ruh,
sitze im Lehnstuhl und schaue nur zu.

Mit dem Auto fahre ich über die Straßen,
was ich im Radio höre ist nicht zu fassen.
Da wird korrumpiert, Menschen ums Habe
gebracht,
vor der Wende hätte sich das so keiner gedacht.
Ich fahre weiter, höre gar nicht erst hin,
doch mein Verhalten ergibt auch keinen Sinn.

Nachts liege ich noch lange wach,
kann nicht einschlafen, denke nach.
Was könnte man denn tun auf unserer Welt,
hier bestimmen doch nur Leute mit viel Geld.
An sie kommen wir nie und nimmer heran,
doch ich schreibe und fange gleich damit an.

Hans Bandt, Eichwege

LINKE sagt JA zur Europäischen Union, aber NEIN zum Reformvertrag

In Lissabon unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten den Reformvertrag. Sollte er von allen Ländern ratifiziert werden, tritt er in Kraft und wird als Vertrag von Lissabon in die Annalen der Europäischen Union eingehen.

Wir sagen NEIN zum Reformvertrag, denn es ist der Reformvertrag der Staats- und Regierungschefs. Um die EU zu stabilisieren, bedarf es mehr als Kosmetik. Die LINKE will kein Europa der Regierenden. Wir wollen ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt leben können. Der neue Vertrag ist nicht geeignet, die Krise der EU zu lösen. Denn die eigentliche Krise der EU und damit der europäischen Integration besteht darin, dass die gegenwärtige und mit diesem Vertrag auch die zukünftige Grundausrichtung der EU-Politik weder den Interessen der Bürgerinnen und Bürger noch den Herausforderungen der Globalisierung entspricht. Eine reale Zukunftsfähigkeit für die Europäische Union wird nicht begründet, denn die markantesten Defizite bisheriger Europapolitik bleiben bestehen.

So sollen mit dem Vertrag die Mitgliedsstaaten auf den schrittweisen Ausbau ihrer militärischen Kapazitäten verpflichtet werden. Das heißt im Klartext: Aufrüstung! Jeder weiß, das kostet viel Geld, sehr viel Geld. Und Geld, das für Rüstung ausgegeben wird, steht weder für Bildung noch für soziale oder ökologische Zweck zur Verfügung. Und es fehlt auch zur zivilen Konfliktbewältigung. Die Militarisierung der EU erhält mit diesem Vertrag ihre rechtlichen Grundlagen. Sie ist folglich nicht nur gegen das friedliche Europa, sondern auch gegen das soziale und demokratische Europa gerichtet und steht damit im krassen Gegensatz zu den Interessen

der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die ein friedliches, soziales und demokratisches Europa wollen. Ein friedliches, soziales und demokratisches Europa ist auch Ziel der Politik meiner Partei und der Partei der Europäischen Linken. Wir sagen JA zur europäischen Integration und zur Europäischen Union. Aber wir sagen NEIN zur Militarisierung der EU, zu ihrer neoliberalen Grundausrichtung und zur Aushöhlung der demokratischen Rechte. Wir wollen eine Europäische Union, die eine Politik im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger macht. Das aber ist nur möglich, wenn die Bürgerinnen und Bürger die EU und Europa selbst gestalten und über die Entwicklungsrichtung entscheiden. Deshalb fordert **DIE LINKE.**, dass grundlegende Entscheidungen in der Europapolitik durch die Bürgerinnen und Bürger zu legitimieren sind. Wie Sie wissen, ist aber – mit Ausnahme Irlands – in keinem weiteren EU-Mitgliedsstaat ein Referendum vorgesehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand!

Deshalb hat die Partei der Europäischen Linken eine Unterschriftenkampagne beschlossen, mit der in allen EU-Mitgliedsländern Unterschriften für Referenden zum EU-Reformvertrag gesammelt werden. Insgesamt sind mindestens eine Million Unterschriften von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern für eine Bürgerinitiative notwendig. Unter dem Motto »Europa mitbestimmen! Referendum jetzt!« hat **DIE LINKE.** mit ihrer Unterschriftensammlung für die Durchführung einer Volksabstimmung in Deutschland begonnen.

Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE. und Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken



Darf's ein bisschen mehr sein ...



Sie haben es sicherlich schon gehört oder gelesen, die Stadt Forst hat wieder einmal weder Geld noch Mühe gescheut und eine Einzelhandelskonzeption bei einer renommierten

Beraterfirma in Auftrag gegeben.

Nun werden Sie sich gefragt haben, wem oder wozu das dienen soll. Im Jahr zwei nach Kaufland scheinen doch die Rollen verteilt zu sein. Der Discount dominiert, der Handel mit Billigware und minderen Qualitäten scheint zu boomen und der Facheinzelhandel stirbt langsam aber stetig. An Einzelhandelsverkaufsfläche besitzt die Stadt zwischenzeitlich fast 2 m² pro Einwohner, das ist mehr, als Leipzig oder Dresden seinen Einwohnern zu bieten hat. Ja, mit der Struktur hapert es schon ein we-

nig, denn noch sind Saturn oder Kaufhof nicht bereit, in Forst zu investieren. Und genau da liegt der Sinn einer solchen Konzeption. Nach den Jahren freier und zum Teil wilder oder von den Kommunen auf der Jagd nach Gewerbesteuer gewollten Expansion im Handel, hat der Gesetzgeber nun ein Instrument geschaffen, mit dem es den Kommunen möglich ist, mittelfristig Standorte für weitere Handelsansiedlungen festzulegen oder auch auszuschließen!

Den Abgeordneten wird es mit dem Beschluss einer solchen Konzeption nun obliegen, zu entscheiden, wie viel Fläche, an welchen Standorten, und in welchen Sortimentsstrukturen die Stadt Forst bis 2015 noch braucht. Schreiben Sie uns Ihre Meinung dazu. Wir werden Sie über den aktuellen Stand der Diskussion auf dem Laufenden halten.

Heinz-Peter Bischoff,
Abgeordneter der Stvv. Forst

Große Nachfrage nach Rechtsberatung zu Hartz IV

Unabhängige Beratung muss sein

Weder Landesregierung noch Kreisverwaltung haben sich bisher zur Sicherung einer unabhängigen Rechtsberatung für Bürgerinnen und Bürger, die von Hartz IV betroffen sind, durchringen können. Die Möglichkeiten freier Träger, wie z.B. des Arbeitslosenverbandes, wurden mit dem Geldhahn »ge-regelt«. Eine Ombudsstelle wurde abgelehnt.

Durch die Initiative unserer Landtagsabgeordneten Birgit Wöllert konnte *DIE LINKE* im Jahr 2007 einen Rechtsanwalt gewinnen, der im Wechsel in Spremberg und in Forst für eine Gebühr zwischen 5 und 10 Euro eine unabhängige Beratung zu allen Fragen der Sozialgesetzbücher anbietet. Rechtsanwalt (RA) Michael Elte aus Elsterwerda kommt seit September zweimal im Monat in unsere Geschäftsstelle nach Forst. Meist sind die Termine, die wir

halbstündig vergeben, schon lange vor dem Tag ausgebucht. Das heißt aber doch: Die Menschen, die vom Eigenbetrieb für Grundsicherung betreut werden, haben dringenden Klärungsbedarf zu den Bescheiden und Auskünften, die sie dort erhalten. Welche Probleme haben sich in den vergangenen Monaten herausgeschält? An vorderster Stelle steht die Richtlinie des Landkreises zur Anrechnung »angemessener« Kosten der Unterkunft. Obwohl an Kilowattstunden und Kubikmetern gespart, erhöhen sich die Heiz- und Energiekosten in den Haushalten. Während anderer Landkreise aufgrund der Preisentwicklung ihre Richtwerte nach oben korri-



giert haben, beharrt unser Landkreis auf Kappungsgrenzen, die laut § 22 SGB II gar nicht zulässig sind. Die Empfehlung von Mitarbeitern des Eigenbetriebes, »dann müssen Sie sich eben wärmer anziehen«, zeugt nicht gerade von Bereitschaft, die Probleme der Menschen ernst zu nehmen. Und das ist ein zweites Problem: Zahlreiche Betroffene gehen mit dem Gefühl aus der Verwaltung, dort als Faulenzer, Drückeberger, Verschwender oder Leistungsbetrüger behandelt zu werden. Umgang und Tonfall werden zwar nicht aktenkundig, aber sie hinterlassen tiefe seelische Wunden. Betroffene klagen über ständig wechselnde Sachbearbeiter und häufig sich widersprechende Bescheide. So wächst kein Vertrauen in die Arbeit des Eigenbetriebes. Also muss man sich Rat holen, was »gehauen und gestochen« ist. Natürlich ist nicht jeder Bescheid fehlerhaft. Dieses Zeugnis wollen wir dem Eigenbetrieb auch gar nicht ausstellen. Manch einer verlässt das Beratungsgespräch bei RA Elte aber wenigstens mit der Gewissheit, dass alles seine Ordnung hat. Seitens des Eigenbetriebes wurden wir in der Vergangenheit mit dem Vorwurf bedacht, die Menschen zu Widersprüchen »aufzuhetzen«, sodass die Widerspruchsstelle personell aufgestockt werden musste. Nein, das tun wir mitnichten. Sind die Bescheide in Ordnung, muss man auch nicht in Widerspruch gehen. Sind die Auskünfte der Sachbearbeiter nachvollziehbar, muss man sie auch nicht in Zweifel ziehen. Das ist wie mit der Geschichte von dem Echo und dem Wald. Aber wir lassen es nicht zu, dass die Menschen, die von Hartz IV betroffen sind, sich mit dem Gefühl der Machtlosigkeit, der Wehrlosigkeit, der Hoffnungslosigkeit in ihr Schneckenhaus verkriechen, bis sie die Lust am Leben verloren haben. Und deshalb freuen wir uns, dass Rechtsanwalt Michael Elte auch 2008 seine Beratungsangebote in unserer Geschäftsstelle fortsetzen wird.

*Doris Dreßler,
Stadtverordnete in Forst,
Dr. Edeltraud Radochla,
Kreistagsabgeordnete*



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Gesetzlicher Mindestlohn ist das Gebot für 2008

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 2007 grünes Licht für den Postmindestlohn gegeben.

Die Aufnahme der Postdienstleister in das Entsendegesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings mit einem großen Wermutstropfen für die Beschäftigten in den neuen Bundesländern. Sie werden erneut zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert. Die unterschiedliche Höhe des Mindestlohnes in Ost und West ist nicht akzeptabel. Ich fordere die Gewerkschaft auf, Nachverhandlungen über die Angleichung des Mindestlohnes zu führen. Auch die Beschränkung auf die »Briefbeförderer« ist nicht zufriedenstellend. *DIE LINKE* bleibt bei ihrer Forderung nach einem einheitlichen, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn. 2007 hat gezeigt, dass LINKS wirkt und in der SPD die Stimmen zunehmen, die einen gesetzlichen Mindestlohn fordern.

Schlechter Stil und undemokratisches Verhalten

Der Ring der politischen Jugend, in dem die Jugendverbände der im Bundestag vertretenen Parteien organisiert sind, hat der Linksjugend [solid] die Aufnahme verweigert.

Die Ausgrenzung des Jugendverbandes der Partei *DIE LINKE* ist ein Skandal. Es gibt keine logische Begründung für diese

Entscheidung. Sie ist politischer Wille. Nach der Gründung der Partei *DIE LINKE* wurde die Linksjugend als Jugendverband der Partei anerkannt.

Der Jungen Union werfe ich in diesem Zusammenhang schlechten Stil und undemokratisches Verhalten vor. Es ist der durchsichtige Versuch, die Linksjugend zu diskreditieren und von öffentlichen Geldern für Jugendarbeit und für politische Bildung auszuschließen. Das ist völlig inakzeptabel, zumal gerade die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel in anderen Ländern immer wieder die Ausgrenzung Andersdenkender anprangert.

Der Bundestag beschließt alljährlich mit dem Haushalt auch darüber, wie viel Geld für politische Bildungsarbeit an die Jugendorganisationen der Parteien geht. Verteilt wird das Geld über den Ring der politischen Jugend. Die Linksjugend [solid] soll leer ausgehen. *DIE LINKE* wird gegen diese Entscheidung juristisch vorgehen und alle rechtlichen Mittel ausschöpfen.

Die Jugendorganisation der PDS hatte sich bereits mehrfach um Aufnahme in den RpJ bemüht. Damals war die ablehnende Entscheidung formal damit begründet worden, dass es in einzelnen Bundesländern mehrere Jugendverbände der PDS gäbe. Diese fadenscheinige Begründung ist mit der Gründung der Linksjugend und deren Anerkennung als Jugendverband der *LINKEN* vom Tisch.

Petra Paus Newsletter

SPD ist gut beraten

Die SPD will in den Landtags-Wahlkämpfen Unterschriften für gesetzliche Mindestlöhne sammeln.
Die SPD ist immer gut beraten, wenn sie eine soziale Forderung der Linkspartei übernimmt. Das ist kein Verstoß gegen Urheberrechte, sondern einfach nur vernünftig.

Ein Gruselszenario nimmt Gestalt an – mit Hilfe Deutschlands

Die US-Bundespolizei (FBI) arbeitet an der weltweit größten Bank für biometrische Daten.

Eine Milliarde Dollar wenden die USA auf, um möglichst viele Fotos, Fingerabdrücke, Augen-Scans, Gesichtsformen und Sprachmuster von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern weltweit zu erfassen. Ein Gruselszenario nimmt Gestalt an. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland ein

verlässlicher Partner. Denn auch hierzulande werden immer mehr Daten gesammelt, EU-weit gestreut und über den großen Teich geliefert.

Rechtsextremismus ist Gefahr für Leib und Leben

Im statistischen Bundesschnitt werden stündlich 2 1/2 rechtsextreme Straftaten und Tag für Tag 2 1/2 rechtsextreme Gewalttaten registriert. Das sind die vorläufigen offiziellen Zahlen.

Sie stapeln tief. Auch, weil sich ganze Bundesländer unterhalb der Wahrheit schönmalen. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben, in Ost und West. *DIE LINKE*. fordert erneut eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Denn nur wenn die Analyse stimmt können auch Gegenstrategien stimmig sein.

(Petra Pau ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

Di., 15.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst
Di., 22.01., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung
Fr., 01.02., 18:00 Uhr, Gaststätte »Hundehütte«:
Dankeschön-Veranstaltung für die Verteiler vom »Malxe-Blatt«
Mo., 04.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«
Mo., 12.02., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst

Sonntag, 27.01.08, 11:00 Uhr, Platz des Friedens
Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

Redner:
Jürgen Goldschmidt, Bürgermeister der Stadt Forst

*Wir sind bereit,
eine Brücke vom Osten nach dem Westen zu bauen.
Hoffen jedoch, dass wir darauf gehen dürfen
und nicht unter ihr schlafen müssen.*

Hans Bandt, Eichwege

Geburtstage

24.01., 81 Jahre, Genn. Helga Rubin
10.02., 74 Jahre, Genn. Ingeborg Jarmusch
10.02., 60 Jahre, Gen. Bernd Geister
13.02., 66 Jahre, Genn. Erika Schmotz

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Die Sprachmittlerin

Mit Sätzen wie »Wo wir sind, ist Mitte, und wo Mitte ist, sind wir« auf dem CDU-Parteitag in Hannover hat sich Angela Merkel einen ersten Platz unter den Formulierungskünstlerinnen des Landes erobert. Leider ging das Temperament mit ihr durch, und sie improvisierte: »Wir sind nicht links und nicht rechts, sondern Mitte, nicht übermäßig und nicht untermäßig, sondern mittelmäßig.« Doch auch dafür gab es Ovationen.

MATHIAS WEDEL

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

am 21.01., 04.02. und 21.02.08 ab 10:00 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung über Frau Dr. Radochla,
☎ (03562) 69 34 34 oder ☎ (03562) 78 52,

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 Euro.

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst *DIE LINKE*.
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst *DIE LINKE*.
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: spree-neisse.dielinke-brandenburg.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

E-Mail: forst@dielinke-spree-neisse.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.